

2 Zwecke, Funktionen, Wahrnehmung und Wirkung von Strafe

Die Kriminalstrafe bewegt sich in einem Spannungsfeld zwischen der Rationalität der Strafgesetze auf der einen Seite und der emotional geladenen Trias aus Verurteilten, Justizmitarbeitern und Opfern auf der anderen Seite (siehe Sherman 2003). Strafe dient dabei ganz unterschiedlichen Zwecken – zumindest werden ihr bestimmte Funktionen zugeschrieben. Einerseits glaubt man in ihr ein Instrument zum Machterhalt, zur Kontrolle und zur Repression bestimmter Gruppen zu erkennen und andererseits einen symbolischen Akt, der durch abweichendes Verhalten entstandene emotionale Irritationen bereinigen soll. Strafe gilt weiterhin als Set kultureller Praktiken, das zugleich dem kulturellen Ausdruck dient und einer strategischen Logik sozialer Kontrolle folgt. Strafrechtlicher Sanktionierung haftet trotz aller Versuche einer nützlichen und positiven Ausgestaltung „a tragic and futile quality“ an, die sich aus ihrer widersprüchlichen kulturellen Verortung herleitet und die es in der Analyse zu beachten gilt (Garland 1990a, S. 4). Das folgende Kapitel behandelt zwei für die Analyse von Strafe zentrale Fragen: (1) Welche Zwecke verfolgt Strafe und wie wird sie kriminalpolitisch gedacht? (2) Wie kommt sie bei Verurteilten und Allgemeinheit an?

Der erste Teil des Kapitels arbeitet auf, welche Überlegungen und Theorien zur Beantwortung dieser Fragen aus rechtsphilosophischer, rechtlicher und soziologischer Sicht existieren. Dies geschieht zunächst für Strafe im Allgemeinen; die Geldstrafe wird anschließend gesondert betrachtet. Ziel dieses Kapitels ist es, widersprüchliche Rahmungen und Einordnungen von Strafe zu eruieren, um ihre teilweise konträren, nicht eindeutigen Zwecke und Aufgaben darzustellen. In der Ergebnisdarstellung (Kapitel 6) wird sich zeigen, inwieweit sich diese Überlegungen in

den gesellschaftlichen Deutungsmustern von Strafe wiederfinden. Immerhin werden die Betroffenen mit den Widersprüchen unmittelbar konfrontiert. Der zweite Teil des Kapitels behandelt die Frage, wie die Adressaten eine Strafe wahrnehmen. Dort geht es zunächst um den gesamten Adressatenkreis hinsichtlich der Abschreckungswirkung von Gesetz und Strafe. Schließlich steht die Wirkung von Strafe auf die Verurteilten im Fokus, wobei wieder zuerst Strafe im Allgemeinen und anschließend die Geldstrafe angeführt ist.

2.1 Zwecke und Funktionen von Strafe

Jede Strafe bedeutet, jemandem gegen dessen Willen etwas aufzudrängen, was dieser als unangenehm empfindet, etwa eine Zahlung oder die Beschränkung seiner Freiheit. Daher steht jede Sanktionierung in einem besonderen Rechtfertigungs- und Begründungszusammenhang. Rawls (1955, S. 9) definiert Strafe wie folgt:

„a person is said to suffer punishment whenever he is legally deprived of some of the normal rights of a citizen on the ground that he has violated a rule of law, the violation having been established by trial according to the due process of law, provided that the deprivation is carried out by the recognized legal authorities of the state, that the rule of law clearly specifies both the offense and the attached penalty, that the courts construe statutes strictly, and that the statute was on the books prior to the time of the offense.“

Dieser Definition zufolge handelt es sich bei einer Strafe um eine rechtmäßige Abnahme von Bürgerrechten, weil ein Gesetz durch einen Akt verletzt wurde, der einer bestimmten Person zuzuschreiben ist. Die Tat dieser Person begründet die Sanktionierung. Die Gesetzesverletzung ist dabei nicht willkürlich zu bestimmen, sondern in einem verfahrensmäßigen, von einer rechtmäßig eingesetzten, staatlichen Autorität durchgeführten Prozess. Die Straftat und die dafür festgesetzte Strafe müssen bereits vor der Tat festgelegt gewesen sein. Diese Definition umfasst alle modernen Ansprüche an eine Strafe, die Willkür und Selbstjustiz

ausschließt und zudem die notwendige Legitimität des Rechts beachtet. Der Bestrafende soll kein direkt Betroffener, sondern vielmehr unabhängiger Vertreter des Staates sein, um Rache als Motivation für das Urteil auszuschließen. Zur Urteilsfindung werden Gesetze angewendet, die fernab eines konkreten Einzelfalles erdacht wurden (vgl. Hassemer 2009). Sie bündeln die in einer Gesellschaft geteilten Vorstellungen von Gerechtigkeit in der verabschiedeten Norm.

Der nächste Abschnitt gibt eine Übersicht darüber, welche normativen Sichtweisen das Strafrecht beeinflussen und wie sich die Institution der Kriminalstrafe entwickelt hat. Der rechtsphilosophische Diskurs über die Rechtfertigung von Strafe erstreckt sich über einen langen Zeitraum. Bis heute spielen Überlegungen, die teilweise schon zu Beginn der Aufklärung diskutiert wurden, für das Selbstverständnis des Strafrechts eine Rolle, wie sich im Folgenden zeigen wird.

2.1.1 Rechtsphilosophische Strafzwecktheorien

Strafzwecktheorien sind in zwei große Denk- und Begründungsweisen unterteilt, nämlich die relativen und die absoluten Ansätze (für eine Übersicht zu Straftheorie siehe Streng 2012, S. 6 ff.; Dölling 2009; Hassemer 2009, S. 50 ff.; Hörnle 2011; Hermann 2003). Diese werden zudem in den Vereinigungstheorien zusammengeführt. Alle drei Ansätze werden im Folgenden in gebotener Kürze dargestellt, weil sie bis heute für das Verständnis von Strafe – sowohl aus juristischer als auch aus alltagsweltlicher Sicht – wichtig sind.

2.1.1.1 Absolute Straftheorien

Absolute Ansätze sehen den Sinn einer Strafe in der Vergeltung des geschehenen Unrechts. Dem Verbrecher wird ein Übel zugefügt, das seinen Rechtsbruch und damit seine Schuld symbolisch ausgleichen soll. Die

Strafe ist frei von Erwartungen an eine gesellschaftliche Wirkung und nur auf die in der Vergangenheit liegende Tat bezogen.

Die absoluten Theorien wurden geprägt von Kant (1945 [1797], S. 158 ff.) und Hegel (1930 [1821]). Kant hat dabei das Bild eines Menschen vor Augen, der Endzweck der Schöpfung ist, ein vernünftiges Wesen mit freiem Willen. Allerdings tendiert der Mensch im Rahmen seiner Willensfreiheit dazu, von den Sittengesetzen abzuweichen. Gleichzeitig ergibt sich aus Kants Idee eines Gesellschaftsvertrages die Pflicht der Gesellschaft, den Einzelnen zu schützen und wiederum dessen Pflicht, die Gesetze einzuhalten. Bricht jemand diesen Vertrag durch eine Straftat, willigt er dadurch implizit ein, dass die Gesellschaft ihn als Normbrecher bestraft (Kant 1945 [1797], S. 163). Die Bestrafung erfüllt allein den Zweck der Wiederherstellung von Gerechtigkeit, was dadurch gewährleistet werden soll, dass das Strafübel genau dem durch die Straftat entstandenen Schaden entspricht. Mit einem Beispiel macht Kant die alleinige Begründung in der zurückliegenden Tat deutlich. Strafe hat Vergeltungscharakter und so müsste ein Mörder selbst dann getötet werden, wenn er einem Inselvolk angehörte, das beschließt, seine Insel zu verlassen und sich aufzulösen. Dies müsste geschehen, damit der Täter das erhält, was seine Tat wert ist, und die Schuld nicht dem Volk – selbst nach dessen Auflösung – anhaften bleibt (Kant 1945 [1797], S. 160 f.).

Bei Hegel findet sich ein ähnliches Menschenbild: Der Mensch ist mit einem freien Willen ausgestattet und kann aus zwei Alternativen die richtige wählen. Wenn er eine Straftat begeht, gibt er daher die Zustimmung zu seiner Bestrafung. Die Strafe stellt dabei für Hegel die Aufhebung des Verbrechens dar (Hegel 1930 [1821], S. 88), ihr Sinn ist es, die Freiheit wiederherzustellen – würde man den Täter nicht bestrafen, käme dies einer Beleidigung gleich, da man ihn nicht für vernünftig hielte (Hegel 1930 [1821], S. 89). Die Tat an sich ist in Hegels Denkweise zwar unvernünftig, aber da sie die Tat eines vernunftbegabten Menschen ist, ist sie eine Negation der Vernunft und die darauf folgende Strafe ist somit die Negation der Negation.

Sowohl Hegel als auch Kant begründen die Notwendigkeit von Strafe also allein mit der Straftat, sie benennen keinen weiteren Adressaten-

kreis. Dies stellt auch einen der Hauptkritikpunkte an den absoluten Theorien dar. Sie geben der Strafe aufgrund ihrer ausschließlichen Rückwärtsgerichtetheit keinen Bezugspunkt in der Zukunft und stilisieren die Strafe in ihrem Vergeltungscharakter zum Selbstzweck. Damit widersprechen die absoluten Lehren dem bereits in der Antike bekannten Grundsatz, dass kein vernünftiger Mensch straft, weil Unrecht getan wurde, sondern, damit in Zukunft kein Unrecht getan werde (vgl. Hassmer 2009, S. 51-61). Diese in die Zukunft zielenden Überlegungen finden sich in den im nächsten Abschnitt dargestellten relativen Straftheorien wieder.

2.1.1.2 Relative Straftheorien

Relative Theorien sind vorwärtsgerichtet und sehen den Zweck der Strafe in der Zukunft, nämlich in der Verhinderung weiterer Straftaten. Für diese Intention gibt es zwei Zielgruppen: Die spezialpräventiven Ansätze richten sich direkt an den Täter, er soll keine weiteren Taten verüben. Die generalpräventiven Ansätze richten sich unspezifisch an die Allgemeinheit, die Strafe soll potenzielle Täter davon abhalten, zukünftig Straftaten zu begehen. Relative Straftheorien werden zudem nach dem eingesetzten Mittel und ihrem Wirkmechanismus unterschieden. Man bezeichnet die Spezialprävention als negativ, wenn Zwang eingesetzt wird, um den Täter an weiteren Straftaten zu hindern. Als positiv wird sie bezeichnet, wenn der Täter durch sozialpädagogische Mittel zu einem Leben ohne Straftaten befähigt werden soll. Die Generalprävention wird ebenfalls als negativ bezeichnet, wenn sie durch Abschreckung wirken soll, als positiv hingegen, wenn sie wirken soll, indem sie gegenüber der Allgemeinheit die Normgeltung verdeutlicht.

Die negative Generalprävention wird mit Feuerbach (1808) verbunden. Feuerbach hat einen Menschen vor Augen, der stets nach einer Steigerung von Lust und Vergnügen strebt und dabei starken Schmerz zu vermeiden sucht. Dementsprechend möchte er eine Straftat durch die Androhung einer harten Strafe unattraktiv werden lassen, indem der

Schmerz den durch die Tat erzielbaren Lustgewinn übersteigt. Feuerbach geht davon aus, dass der Staat nicht erzieherisch auf den einzelnen Täter einwirken darf. Der Schutz vor Verbrechen aller Art ist folglich nur durch ein Einwirken auf die Allgemeinheit möglich. Häufig wird in diesem Zusammenhang Feuerbachs nicht stringentes Menschenbild kritisiert, das von einem freien Akteur ausgeht, welcher dann doch unfrei und durch Strafe erziehbar ist (Hermann 2003, S. 39).

Beccaria (1998 [1766]), ein weiterer Vertreter der negativen Generalprävention⁹, unterscheidet sich im Menschenbild von Feuerbach in einem wichtigen Detail. Zwar geht auch er von einem utilitaristischen Wesen aus, das nach Lust strebt, Beccarias Mensch will jedoch jeglichen Schmerz, nicht nur einen besonders starken, vermeiden. Folglich ist seiner Ansicht nach nicht die Härte der Strafe entscheidend, sondern ihre Gewissheit. Der Zweck von Strafe besteht nach Beccaria darin, die Glucksbilanz der gesamten Gesellschaft auszugleichen, auch wenn dazu die Glucksbilanz des einzelnen Täters negativ beeinflusst wird. Auch in dieser Sichtweise hat der Täter durch die Tat seiner Bestrafung zugestimmt, da auch Beccaria von der Idee eines Gesellschaftsvertrags ausgeht, der das größte Glück der größten Zahl zusichert.¹⁰

Vertreter der positiven Generalprävention ist Durkheim (1992 [1930], S. 118-161), der auf positive Mittel der Normverstärkung setzt (eine weitere Ausführung zu Durkheims Theorie findet sich im Abschnitt 2.1.2.1). In einer Gesellschaft gibt es laut Durkheim ein Kollektivbewusstsein, welches die Summe der religiösen Werte und Überzeugungen in jedem Individuum einer Gemeinschaft darstellt. Jede Handlung, die das Kollektivbewusstsein verletzt, ist eine kriminelle Handlung. Zweck der Strafe

⁹ Beccaria wird zwar allgemein häufig, wie hier, der negativen Generalprävention zugeordnet, es soll aber erwähnt werden, dass er auch wesentlich mit der Humanisierung des Strafsystems in Verbindung gebracht wird. Zudem entwickelte er einige positive spezialpräventive Gedanken.

¹⁰ Für einen Überblick über die Theorie zur negativen Generalprävention siehe Dölling et al. (2006).

ist es, die Normgeltung zu bestätigen und das beschädigte Kollektivbewusstsein wiederherzustellen.

Hinsichtlich der Generalprävention stellt es ein ethisches Problem dar, den einzelnen Täter wie beschrieben zu funktionalisieren. Er wird zum Objekt, wenn seine Bestrafung lediglich Wirkung bei anderen auslösen soll, sei es in Form der Verdeutlichung der Normgeltung oder in Form von Abschreckung. Die Gefahr besteht, dass der Einzelne eine unverhältnismäßig harte Strafe erhält, um vor der Allgemeinheit ein Exempel zu statuieren.

Die Spezialprävention will den Täter selbst von weiteren Straftaten abhalten. Dieser Gedanke findet sich Anfang des 20. Jahrhunderts bei Liszt (1900, S. 229 ff.). Liszt geht als Determinist davon aus, dass ein Verbrechen immer das Resultat der Eigenarten des Verbrechers und der zur Tatzeit herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist. Die Strafe ist ein Schutzmittel für die Gesellschaft. Zur Ausgestaltung der Zweckstrafe unterscheidet er drei Tätergruppen: Die Unverbesserlichen, vor diesen Gewohnheitsverbrechern muss die Gesellschaft geschützt werden, nach der dritten Verurteilung sollen sie auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden. Die Besserungsbedürftigen, die durch die Strafe resozialisiert werden sollen und die Gelegenheitsverbrecher, die eines Denkkzettels bedürfen, um von weiteren Straftaten abgehalten zu werden. Mit Liszt setzt die empirische Wende der Straftheorie ein, weil die Notwendigkeit einer Zweck-Mittel-Relation eingeführt wird. Seitdem hat die Strafe noch eine soziale aber keine sittliche, moralische, transzendente Aufgabe mehr (vgl. Scheerer 2001, S. 70). Für Liszt ist die Strafe nur zum Schutz der Gesellschaft legitimierbar, sie darf keinem absoluten Zweck folgen (vgl. Hermann 2003, S. 41). Zu kritisieren ist an dieser Sichtweise, dass einem bestimmten Täterkreis (den Unverbesserlichen) keinerlei Besserungsfähigkeit unterstellt wird.

2.1.1.3 Vereinigungstheorie

Die heutige Rechtsprechung und Teile der Strafrechtslehre ziehen, mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung, sowohl den Vergeltungsgedanken, wie er bei den absoluten Strafzwecktheorien im Vordergrund steht, als auch Aspekte präventiver Wirkung, die den Kern der relativen Strafzwecktheorien bilden, zur Rechtfertigung der Kriminalstrafe heran (Roxin 2006, S. 83 f.)¹¹. Auch der Bundesgerichtshof folgt einer solchen vergeltenden Vereinigungstheorie (Roxin 2006, S. 84 f.). Dieses Nebeneinander teilweise unvereinbarer philosophischer Positionen und entgegengesetzter Zielrichtungen führt zu einer inneren Widersprüchlichkeit des Strafrechts. Roxin spricht in diesem Zusammenhang von einem „standpunktlosen Hin- und Herschwanken zwischen verschiedenen Strafzielen, das eine einheitliche Konzeption der Strafe als eines Mittels sozialer Befriedung unmöglich macht“ (Roxin 2006, S. 84 f.). In der Strafrechtslehre finden sich daher Gegenpositionen zu dieser von der Rechtsprechung vertretenen Ansicht, die auf die Vergeltung als Strafzweck verzichten und lediglich auf General- und Spezialprävention setzen.

Doch auch General- und Spezialprävention können im Widerstreit miteinander stehen und müssen dann im konkreten Fall in einem vielschichtigen Prozess gegeneinander abgewogen werden. Eine Strafe ist dieser Überlegung nach auch dann gerechtfertigt, wenn keine Wiederholung der Tat im Besonderen zu befürchten ist, weil eine Einwirkung auf die Allgemeinheit zu vollziehen ist. Roxin (2006, S. 85 ff.) führt zur Verdeutlichung seiner rein präventiven Vereinigungstheorie das Beispiel eines Täters an, der bei einer Schlägerei eine Körperverletzung mit Todesfolge begangen hat. Dort würde seiner Einschätzung nach aus sozialpräventiven Gründen eine Strafe von einem Jahr genügen, für die Generalprävention wäre aber wohl eine Strafe von drei Jahren besser. In

¹¹ Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet es „als allgemeine Aufgabe des Strafrechts (...), die elementaren Werte des Gemeinschaftslebens zu schützen“ und „Schuldausgleich, Prävention und Resozialisierung des Täters, Sühne und Vergeltung für begangenes Unrecht (...) als Aspekte einer angemessenen Strafsanktion“ (BVerfGE 45, 187, S. 253 ff.).

diesem Fall aber hat die Spezialprävention Vorrang, weil das übergeordnete Ziel der Resozialisierung stets gilt und weil die Strafandrohung zunächst rein generalpräventiven Zwecken dient. Bei der konkreten Rechtsprechung und Strafzumessung im Urteil hingegen sind „spezial- und generalpräventive Bedürfnisse (...) gleichermaßen zu berücksichtigen“ (Roxin 2006, S. 87). Sobald Personen inhaftiert sind, gilt dann ausschließlich der spezialpräventive Charakter und die Resozialisierung muss über allem stehen. Das Schuldprinzip begrenzt dabei die Strafhöhe, sodass eine Strafe auch dann nicht länger dauern dürfe, als es das Maß der Schuld des Täters verlangt, wenn dies aus präventiven Gesichtspunkten wünschenswert erscheint (Roxin 2006, S. 92). Das soll verhindern, dass der Einzelne als Mittel zum Zweck, etwa als Gegenstand eines zu statuierenden Exempels herangezogen wird (Roxin 2006, S. 94).

2.1.1.4 Zwischenbetrachtung: Strafzwecke

Bis hierher zeigte sich, dass sich Straftheorien in der Begründungsrichtung unterscheiden. Die Strafe kann durch die in der Vergangenheit begangene Tat (absolut) oder im Hinblick auf die Vermeidung von Straftaten in der Zukunft (relativ) begründet werden. Im letzteren Fall kann sie sich einerseits an die Allgemeinheit richten und so als Generalprävention entweder normbestärkend (positiv) oder abschreckend (negativ) intendiert sein, sendet die Bestrafung eines Abweichers doch gleichsam eine Botschaft an die restlichen Mitglieder der Gesellschaft aus. Im Zuge der Spezialprävention kann der Täter selbst hauptsächlicher Adressat der Strafe sein. Das aktuelle Strafrecht bedient sich einer zum Teil widersprüchlichen Vereinigungstheorie, die absolute und relative Strafzwecke verbindet.

Das vorstehende Kapitel diene vor allem dazu, grundlegende Unterschiede hinsichtlich verschiedener Strafzwecke zu erläutern, da sich die Deutungsmuster damit auseinandersetzen. Nun folgt ein Überblick über die soziologische Einordnung von Strafe.

2.1.2 Soziologische Einordnung von Strafe

Sanktionierung ist ein zentrales Element einer jeden Gesellschaft¹², da menschliches Zusammenleben notwendigerweise auf Regeln und Normen basiert, deren Einhaltung sichergestellt werden muss. Aus soziologischer Sicht gilt: „Sanktionen sind Brücken zwischen Normen und Verhalten“ (Dellwing 2009, S. 3), daher wird ein Normbrecher mit einer Strafe belegt. Die Aufgabe der Strafsoziologie ist es, wie oben beschrieben, die Strafe als eigenständiges soziales Phänomen zu betrachten und ihre Rolle im gesellschaftlichen Leben zu untersuchen (Garland 1990a, S. 1). Strafe wird als eigenes soziales System betrachtet, das nicht von der Betrachtung der Kriminalität abhängt (vgl. Garland 1990a und 1990b; Cressey 1955; Melossi 1989). Die Strafsoziologie folgt der Ansicht Beccarias, „jeder Akt der Herrschaft eines Menschen über einen Menschen, der nicht aus unausweichlicher Notwendigkeit folgt, ist tyrannisch“ (Beccaria 1998 [1766], S. 59, im Anschluss an Montesquieu). Folgerichtig stellt sie die Legitimation eines staatlich gedeckten und gerechtfertigten Zufügens von Leid infrage (vgl. Dellwing 2010a, S. 57). Die Gründe für das gesteigerte Rechtfertigungsbedürfnis von Strafe liegen unter anderem in der absichtlichen Übelszufügung, ihrer Inkongruenz mit dem Prinzip der Reziprozität, ihrer befehlsartigen Unmittelbarkeit im Widerspruch zu differenzierter Gesellschaft und der Struktur von Strafe, die aus alten sozialen Verhältnissen und Wertorientierungen rührt (Scheerer 2001, S. 70). Popitz (1980, S. 40) fasst auch das Bestrafen als Normbruch, denn auch die Strafvollstreckung agiert jenseits eines legitimen Handlungsbereichs – man stelle sich etwa die Gefängnisstrafe als Freiheitsberaubung vor. Ohne den vorangegangenen Normbruch des Bestraften könnte die Strafe selbst durchaus als Straftat angesehen werden. Dass die Strafe als Institution auch theoretisch umstritten ist, zeigt der Abolitionismus, der in einer gemäßigten Variante die Abschaffung von Gefängnisstrafen fordert, in einer radikaleren Variante sogar die Abschaffung jeglicher

¹² Zur Entwicklung von Gefängnis- und Bestrafungsstrukturen in Europa siehe Foucault (1994 [1975]).

Deutungsmuster von Strafe

Eine strafsoziologische Untersuchung am Beispiel der
Geldstrafe

Bögelein, N.

2016, XIV, 297 S. 2 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-11445-9